

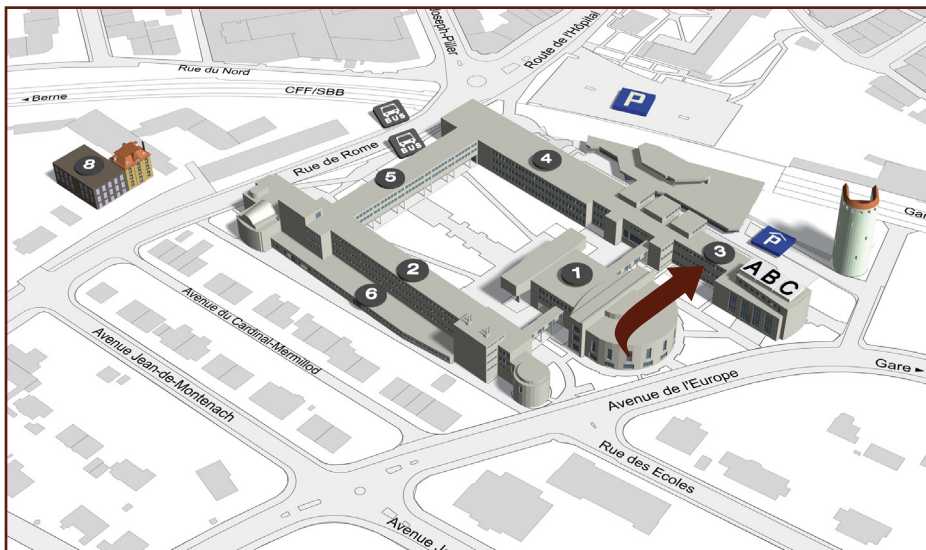
Die Vortragsreihe

Das Zweite Vatikanische Konzil hat mit „Gaudium et spes“ die „pluralistische Gesellschaft“ und den legitimen politischen Pluralismus unter Christen, „die von ihrem christlichen Gewissen geleitet werden“, anerkannt. Das Konzil hat betont, dass die Kirche „an kein besonderes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches System gebunden ist“. Ebenso hat das Konzil bekräftigt, dass aus der religiösen Sendung der Kirche „Auftrag, Licht und Kraft, um der menschlichen Gemeinschaft zu Aufbau und Festigung nach göttlichem Gesetz behilflich zu sein“, fließen. Die Ringvorlesung will sich mit einigen wichtigen Fragen heutiger Politik (christliche Prägung, Globalisierung, Sozialpolitik, Migration) kontrovers auseinandersetzen. Für Fragen der Hörer und Hörerinnen ist genug Zeit vorgesehen. Und im Anschluss an die Vorträge wird ein Aperitif serviert.

Die Referenten

- **Gianni D'Amato**, Dr. rer. pol., ist Professor der Universität Neuenburg für Migration und Staatsbürgerschaft und Direktor des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien.
- **Mariano Delgado**, Dr. Theol., Dr. phil., ist Professor für Kirchengeschichte an der Universität Freiburg und Dekan der Theologischen Fakultät.
- **Beat Kappeler**, Dr. h.c., ist Autor (NZZ am Sonntag, Le Temps Genf).
- **Antonio Hautle**, Studium der Theologie in Fribourg, Jerusalem und Rom, Ökonomische Studien in St. Gallen und Genf Master in business administration (HEC Genf), ist Direktor von Fastenopfer.
- **Odilo Noti**, Dr. theol., ist Leiter Kommunikation und Mitglied der Geschäftsleitung von Caritas Schweiz sowie Präsident von Swissfundraising, dem Schweizer Berufsverband für Fundraising-Fachleute.
- **Sebastian Schief**, Dr. phil., ist Lehr- und Forschungsrat an der Universität Fribourg im Departement Sozialarbeit und Sozialpolitik.
- **Markus Zimmermann-Acklin**, Dr. theol., ist Lehr- und Forschungsrat für Theologische Ethik sowie Privatdozent an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg.

Die Vorträge werden in Miséricorde stattfinden (Nr. 3 auf dem Plan)
Saal MIS 3113 - Miséricorde - Av. de l'Europe 20 - 1700 Fribourg



Politik aus christlicher Verantwortung

Öffentliche Vortragsreihe der Theologischen Fakultät
in Zusammenarbeit mit der Katholischen Universitätsgemeinde



Do., 6. und 27. Oktober 2011
Do., 10. und 24. November 2011
19.15-21.00 Uhr

6. Oktober 2011 - Saal MIS 3113

Politik aus christlicher Verantwortung oder Die Einheit von Politik und Moral

Prof. Mariano Delgado (Freiburg)

Politik aus christlicher Verantwortung ist heute wieder gefragt. In vielen Parteiprogrammen wird das Bekenntnis zum christlichen Menschenbild betont. Sich daraus ableitende Grundsätze wie Freiheit in Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität begegnen uns darin vielfach. Doch, was heisst „christliches Menschenbild“ oder „christlicher Humanismus“? Und welche Rolle spielen dabei Kirche und Theologie? Aus Erfahrung wissen wir, dass in Fragen der Bioethik, der Abtreibung, der Sterbehilfe, der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, der Familien- und Erziehungspolitik, der Sozial- und Friedenspolitik, des Asyls- und Migrationsrechtes politische Parteiprogramme nicht immer der kirchlichen Lehre entsprechen, selbst wenn sie das C in ihrem Namen führen.

27. Oktober 2011 - Saal MIS 3113

Globalisierung der Solidarität

Dr. Beat Kappeler (NZZ am Sonntag, Le Temps Genf)

Die Entwicklungspolitik des DEZA und die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke

„Solidarität“ - die falsche Leitidee zur Entwicklung des südlichen Weltteils. Warum schlug das viele Geld des Marshall-Plans in Europa 1948 an, warum entwickelte sich Asien, jedoch viele Länder Afrikas und Lateinamerikas nicht? Nach sechzig Jahren Geldtransfer und Entwicklungshilfe durch Staaten und Vereine muss man einige Grundsatzfragen stellen – und beantworten. Es kommt offenbar auf Wichtigeres als Geld und technische Hilfe an. Volksbildung, Trennung von Amt, Sippe, Person, Erwerbsfreiheit und ähnliche „Institutionen“ haben den Westen reich und frei gemacht. Für den Süden der Welt zögern viele hierzulande, diese Werte als entscheidend anzusehen. Hinter dem Begriff der „Solidarität“ als Hilfsmotivation versteckt sich bloss ein Nullsummen-Denken, das historisch, gesellschaftlich und ethisch falsch ist.

Antonio Hautle (Fastenopfer, Luzern)

„Option für die Armen“ – ein Auslaufmodell? Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit aus christlicher Verantwortung.

Solidarität ist ein christliches und gesellschaftspolitisches Grundprinzip. Doch dient sie als Grundlage für eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit? Lässt sich Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter globaler Märkte noch begründen und trägt diese wirklich zu einer menschenwürdigeren und gottgefälligeren Welt bei? Am Beispiel des kath. Hilfswerks FASTENOPFER und mit Bezug auf die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA soll deutlich werden, warum die „Option für die Armen“ gerade wegen der begrenzten Wirkung der Markttrationalität für die Zukunft der Menschheit von zentraler Bedeutung ist.

10. November 2011 - Saal MIS 3113

Wie sozial ist die Sozialpolitik in der Schweiz?

Dr. Sebastian Schief (Freiburg) - Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht

Das schweizerische Sozialsystem ist unter Druck. In regelmässigen Abständen werden verschiedene Teile des Systems – Rentenversicherung, Invalidenversicherung, Sozialhilfe, Krankenversicherung – als ineffizient und zu teuer gebrandmarkt und Änderungen gefordert. Aus diesem Grunde wurden in den letzten Jahren Revisionen zu all diesen Bereichen durchgeführt und Änderungen vorgenommen. Folgende Muster scheinen sich zu wiederholen: Vorgängige Kürzungen der Einnahmeseite in einzelnen Bereichen führen zu Defiziten, die dann mit Kürzungen und Beschränkungen der Ausgabenseite aufgefangen werden müssen. Zudem wird übersehen, dass Kürzungen in einem Bereich zu Mehrausgaben in anderen Bereichen führen. Der Vortrag plädiert für eine nachhaltige und integrative Sozialpolitik, statt kurzfristig und singular Löcher zu stopfen.

Dr. Odilo Noti (Caritas Schweiz, Luzern)

Armut halbieren: Zur Bekämpfung der Armut in der reichen Schweiz

Unter dem Stichwort „Armut halbieren“ fordert die Caritas eine Dekade zur Bekämpfung der Armut in der Schweiz (2010 – 2020). Ziel dieser Dekade ist es, die Zahl der armutsbetroffenen Menschen zu halbieren und das Risiko der sozialen Vererbung von Armut markant zu verringern. Damit soll der Skandal der Armut in der reichen Schweiz als die zentrale gesellschaftlich-politische Herausforderung benannt werden. Der Umgang mit den Armen einer Gesellschaft gibt Auskunft darüber, wie sozial die Politik einer Gesellschaft ist.

24. November 2011 - Saal MIS 3113

Wohin zielt die Migrationspolitik in der Schweiz?

Prof. Gianni D'Amato (Neuchâtel)

Anfragen aus der Sicht des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien.

Die Stossrichtung der Integrationsdebatte in der Schweiz wie anderswo scheint eher repressiven Formen zuzustreben, in denen staatliche Interventionen die Migrantinnen und Migranten disziplinieren sollen. Statt eines ausufernden Diskurses um ideologisch aufgeladene Begriffe wie Integration, Assimilation und Multikulturalismus wäre es aber an der Zeit, sich mehr um die konkrete Praxis der Integration zu kümmern und die Ergebnisse der nun bald zehnjährigen neuen Integrationspolitik zu erörtern. Der Vortrag geht deshalb den Ausprägungen der Migrationspolitik der letzten Jahre nach, vergleicht diese mit anderen europäischen Modellen, beschreibt die Schwierigkeiten eines föderalen Staates, überhaupt EINE Migrationspolitik zu betreiben und skizziert Lösungen für die Zukunft.

PD Dr. Markus Zimmermann-Acklin (Freiburg)

Wohin zielt die Migrationspolitik in der Schweiz? – Anfragen aus christlicher Sicht

Weltweit sind etwa 214 Millionen Menschen von Migration betroffen, über 15 Millionen sind auf der Flucht. Angesichts dessen sind die europäischen Wanderungsbewegungen fast unbedeutend. Trotzdem stehen die politischen Parteien im Wettbewerb darum, das heikle Thema zu besetzen, wobei es in den letzten Jahren darum geht, immer strengere Massnahmen vorzuschlagen, die Einwanderung zu stoppen oder zumindest strikt zu regeln. Wie bei kaum einem anderen Thema wird in der Migrationsethik meist utilitaristisch argumentiert: Angesichts der demografischen Situation sind wir auf Einwanderung angewiesen, haben also selbst einen Nutzen davon. Hinweise auf die zu achtende Menschenwürde, staatliche Grundrechte oder die Relativität staatlicher Grenzen werden kaum gemacht. Die katholische Soziallehre bietet dagegen Anknüpfungspunkte, Migration als ein Grundrecht zu deuten. Biblische Quellen zeugen zudem von einem hohen Ethos im Umgang mit Fremden.